

Entwicklungszusammenarbeit, Religion(en) und Konflikte

Inhalt		
Das Kooperationspotential religiöser Akteure	2	Wie in anderen Teilen der Welt ist auch in Afrika zu erkennen, dass politische, ökonomische und soziale Umbruchprozesse mit gesellschaftlichen Aufspaltungen entlang kultureller und/oder religiöser Unterschiede einhergehen. Ob derartige Konfliktkonstellationen gewaltsam eskalieren oder friedlich bearbeitet werden können, hängt von einer Vielzahl interner und externer Faktoren ab.
Das Kooperationspotential arabischer Akteure	3	
Instrumentalisierung religiöser Überzeugungen	4	
Reaktion von Religionen auf gesellschaftlichen Umbruch	6	
Links & Literatur	8	Die Existenz eines demokratischen und leistungsfähigen Staates ist sicherlich eine zentrale Bedingung für eher gewaltlos ablaufende Veränderungsprozesse.

Friedlicher Wandel wird zusätzlich begünstigt, wenn neben anerkannten rechtsstaatlichen Mechanismen zur Konfliktregelung auch Traditionen und Akteure vorhanden sind, die innerhalb der Gesellschaft eine konstruktive Auseinandersetzung über unterschiedliche Wege der Zukunftsgestaltung ermöglichen. Der Rolle und Bedeutung, die dabei Religion(en) zukommt, wird in Entwicklungspolitik und der zivilen Konfliktbearbeitung vermehrt Aufmerksamkeit gewidmet.

Religiöse Vorstellungen und Glaubensgemeinschaften können Individuen und Gruppen helfen, Veränderungen in ihrem Lebensumfeld zu verstehen, ethische und soziale Vorstellungen zu überprüfen und eigenverantwortlich neu zu gestalten. Sie können aber auch vereinfachende Orientierungen für das soziale Zusammenleben geben, die den Einzelnen von der Auseinandersetzung mit Veränderungen entlasten und gesellschaftlich eher die Aufrechterhaltung des Status quo begünstigen oder sogar Spannungen verschärfen. In den meisten Gesellschaften und Konfliktkonstellationen sind beide Tendenzen in vielfältigen Formen vorhanden.

Wenn Religion gleichermaßen eine Chance wie ein Hindernis bei der Bearbeitung von Entwicklungsblockaden und der friedlichen Transformation von Konflikten sein kann, stellen sich Fragen zum Verhältnis von Religion(en) zu Entwicklung, Gewalt und Frieden und zu den Bezugspunkten zwischen Religionsgemeinschaften und EZ-Organisationen.

Zu Afrika fragen sich EZ-Organisationen derzeit z.B., ob und in welchen Situationen religiös (vor allem: islamisch) geprägte Akteure ein stärker zu förderndes EZ-Potential darstellen oder welche Bedeutung Religionsunterschiede und religiöse Identitäten für die Herausbildung oder

die Überwindung politischer Krisen haben. Auf vier der damit zusammenhängenden Aspekte und Fragen wird in diesem Papier hingewiesen

Das Kooperationspotential religiöser Akteure

Enttäuschende Resultate bei der Armutsbekämpfung, Demokratisierung und der Schaffung nachhaltiger und friedlicher Entwicklung haben in den letzten Jahren dazu geführt, dass in der bi- und multilateralen zwischenstaatlichen EZ nicht nur dem Staat, sondern auch anderen sozialen Strukturen größere Aufmerksamkeit geschenkt worden ist. Dazu gehören auch „religiöse Akteure“, da große Teile der Bevölkerung ihnen häufig mehr vertrauen als staatlichen oder anderen nicht-staatlichen Organisationen. Da religiöse Gruppen zudem oft eine Tradition basisnaher sozialer Dienste haben oder in politischen Prozessen vermittelnde Rollen wahrnehmen, wird ihre stärkere Einbindung in EZ-Programme gesucht.

Verallgemeinernde Aussagen zum „Kooperationspotential“ religiöser Organisationen in Entwicklungsprozessen und bei der Bearbeitung von Konfliktsituationen sind aber kaum zu treffen. Wenn mit „Religionsgemeinschaften“ nicht grundsätzlich alle Menschen gemeint sind, die sich einem Glauben oder einer Religionskultur zugehörig fühlen, kann im engeren Sinn nur an Organisationen gedacht werden, die zu den „institutionalisierten Formen von Religion“ gehören bzw. die mehr oder weniger eng an diese Strukturen gebunden sind (z.B. glaubensbegründete Teile organisierter Zivilgesellschaft).

Dabei ist u.a. zu beachten, dass „Kirche“ im christlichen Bereich vielfältige (Selbstorganisations-)Formen angenommen hat und religiöse Instanzen des Islams noch polyzentrischer aufgebaut sind, so dass die jeweilige Repräsentativität oder Autorität dieser Strukturen, das religiöse bzw. öffentliche Wirken ihrer Vertreter und ihr jeweiliges „Kooperationsinteresse“ mit EZ-Strukturen einer genauen Betrachtung bedarf.

Dazu gehört auch die Beschäftigung mit dem Selbstverständnis dieser Akteure zu gesellschaftlichen Fragen und zur Bereitschaft, entwicklungspolitisches Engagement als Teil ihres religiösen bzw. religiös motivierten Handelns zu begreifen. Beide leiten sich aus dem jeweiligen Glaubensverständnis und aus spezifischen historischen Erfahrungen zum Verhältnis zwischen religiöser Identitätsbildung und gesellschaftlicher Mitgestaltung ab.

So können die Beziehungen zum Staat oder anderen Machtstrukturen sowohl durch kritiklose Nähe (z.B. bei gleichzeitiger Wahrnehmung geistlicher und öffentlicher Aufgaben, gerade in eher traditionell geprägten Regionen) als auch durch kritische bis konfrontative Distanz geprägt sein. Soziale Verantwortung kann sich nur in Bezug auf Mitglieder der eigenen Glaubensgruppe ausdrücken oder sich auf das Wohl eines Gemeinwesens - unabhängig von der Religionszugehörigkeit - richten. „Religionsgebundene Akteure“ können auch Wertmaßstäbe und Ordnungsprinzipien einer politisch dominanten Gruppe widerspiegeln und so Machtinteressen und -unterschiede verdecken.

Die deutschen kirchlichen Entwicklungsorganisationen kennen über ihre Beziehungsfelder zumindest einen großen Teil der sozial engagierten christlichen Strukturen in Afrika. Sie sind Bestandteil internationaler Beziehungen und Diskussionen, wo sie sich - z.T. auch kontrovers - mit ihren kirchlichen Partnern zur Rolle und Funktion von Christen im Streben nach Entwicklung, Frieden und Gerechtigkeit auseinandersetzen können. Ob muslimisch-religiöse Strukturen in Afrika in ähnliche kontinentale oder internationale Debatten eingebunden sind und sich dort gezielt mit Fragen der gemeinschaftsbildenden Dimension von Religion befassen, ist weniger bekannt.

Deutsche staatliche EZ muss sich fragen, wie sie - gegenüber einer ausländischen Regierung - eine evtl. Zusammenarbeit mit den dortigen religiösen Strukturen begründet und welche Auswirkungen diese Kooperation auf die gesellschaftliche Stellung der betreffenden religiösen Gruppe hat.

Fragen, die sich auf den Umgang mit religiösen Akteuren beziehen, sind z.B.:

- Staatliche EZ, NRO und kirchliche Hilfswerke betonen, dass der Zugang zu entwicklungspolitischen Maßnahmen nicht von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Glaubensgemeinschaft abhängig gemacht wird. Muss dieser Grundsatz erweitert werden, wenn EZ kultur- und konfliktsensibel agieren will?
- Beruht das Interesse zwischenstaatlicher EZ an afrikanischen religiösen Instanzen primär an deren „sozio-kulturellem Potential“? Ist damit primär die Chance gemeint, EZ-Programme auf neue Zielgruppen auszuweiten oder durch Kontakte mit organisierten Religionsformen zusätzlich zu legitimieren? Gibt es darüber hinaus gesellschaftliche Fragen, zu denen explizit der Einbezug religiöser Strukturen in Entwicklungsprozesse nötig erscheint? Wird dabei zwischen islamischen und christlichen Strukturen differenziert?
- Besteht ein spezifischer Diskussionsbedarf zwischen der deutschen staatlichen und kirchlichen EZ zu den Beziehungen zwischen Christen und Muslimen und zur Bedeutung von Religion und Religionsgemeinschaften in Entwicklungsprozessen?

Das Kooperationspotential (halb-)staatlicher Akteure aus dem arabischen Raum

In vielen afrikanischen Ländern wird auf den wachsenden Einfluss hingewiesen, den Firmen und Organisationen aus „islamisch geprägten“ Staaten (arabische oder nordafrikanische Ölländer) nicht nur auf Ökonomie und Politik haben. Arabischer Einfluss wird auch auf die Ausprägungen des afrikanischen Islams und das Selbstverständnis afrikanischer Muslime zu ihrer gesellschaftlichen Stellung in formal säkularen Staaten deutlich. Erkennbar ist, dass jungen Afrikanern Ausbildungschancen auf der arabischen Halbinsel angeboten werden oder der Bau von Moscheen und Koranschulen aus dem Ausland gefördert wird.

Islamische Frömmigkeit und Symbole sind häufiger als früher in der Öffentlichkeit zu sehen; in Notsituationen wird über (mit arabischen Mitteln unterstützter) Moscheen Hilfe gewährt und Angebote im Gesundheits- oder Erziehungsbereich gemacht.

Da diese sozialen Maßnahmen häufig eher punktuell oder assistenziell angelegt zu sein scheinen, resultieren bisher selten Voraussetzungen für engere Arbeitskontakte mit afrikanischen entwicklungspolitisch orientierten Organisationen bzw. den sie unterstützenden deutschen EZ-Organisationen. Relativ wenig Informationen sind zudem zu finden, mit welchen Instrumenten, in welchem Umfang und - vor allem - mit welchen (entwicklungs-)politischen Grundsätzen arabische Organisationen in Afrika Aktivitäten durchführen oder unterstützen, die der OECD-Definition der ODA nahe kommen oder gar zugerechnet werden könnten.

Aufgrund der Entwicklungsblockaden, die in den arabischen Ländern selbst existieren (einschließlich der Folgen der engen Verbindung zwischen hoher religiöser Homogenität und nationaler Identität einerseits und dem Verhältnis zwischen Staat und Religion andererseits), ist anzunehmen, dass es Differenzen zwischen den Strategien und Vorhaben deutscher zwischenstaatlicher EZ und denen (halb-)staatlicher Entwicklungs- und Finanzierungsorganisationen aus arabischen Ländern gibt. Wenn diese Differenzen tatsächlich existieren, sind sie aber wahrscheinlich weniger auf islamische Traditionen („Prägung“) zurückzuführen als auf die in den arabischen Gesellschaften oder Regierungen dominanten Entwicklungs- und Modernisierungsvorstellungen oder auf konkrete politische bzw. ökonomische Interessen.

Fragen, die sich auf den Umgang mit arabischen Akteuren beziehen, sind z.B.:

- Gibt es in der deutschen staatlichen – einschließlich der multilateralen – EZ Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit Einrichtungen oder Vertretern arabischer Regierungen, die Rückschlüsse auf deren Verständnis von Entwicklungsprozessen in Afrika und auf eine konfliktsensible Rolle von EZ erkennen lassen? Ist ein Dialog zu divergierenden Konzepten nötig und möglich? Wer sollte in Deutschland und aus Afrika beteiligt werden?
- Gibt es - analog - bei deutschen nicht-staatlichen EZ-Organisationen (bzw. ihren Partnern in Afrika) Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit nicht- oder halbstaatlichen Einrichtungen aus arabischen Ländern?
- Welche Chancen bietet eine engere Kooperation mit Organisationen aus arabischen Ländern, um in Afrika konfligierende Entwicklungsansätze zu vermeiden?

Die Instrumentalisierung religiöser Überzeugungen für politische Ziele

Solange sich in Afrika die mit staatlicher Unabhängigkeit, formaler Demokratie oder mit Entwicklung verbundenen materiellen und sozialen

Hoffnungen nicht erfüllen, traditionelle Solidarnetze zerfallen und der Staat als Garant gesellschaftlichen Ausgleichs schwach ist, besteht die Gefahr, dass religiöse (oder ethnische) Zugehörigkeit zu einem zentralen Argument für die Durchsetzung von Ansprüchen auf öffentliche Dienstleistungen oder für den Zugang zu Ressourcen wird.

In einigen Ländern ist zu erkennen, dass im Kampf um Einfluss und Macht die kulturelle oder religiöse Identität von Menschen bewusst als Mittel in politischen Auseinandersetzungen genutzt wird. Je mehr Ängste vor der Zukunft, vor anderen gesellschaftlichen Gruppen oder dem Verlust von Werten geschürt und religiöse Abgrenzungslinien in Politik und in anderen Lebensbereichen gezogen werden, desto größer wird das Risiko einer gewaltsamen Eskalation von Konflikten.

Verschieben sich Auseinandersetzungen über Interessensunterschiede (Verteilung von Ressourcen und Macht) zu Identitätskonflikten, wird eine friedliche Konfliktlösung schwieriger: Unterschiede im Glauben (sei es innerhalb derselben Religion oder zwischen Religionen) können im Gegensatz zu erkennbaren sozialen oder wirtschaftlichen Interessensunterschieden nicht zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht werden. Wo ein funktionierender Nationalstaat erst im Aufbau ist oder vorhandene Ansätze der Staatlichkeit zugunsten von Partikularinteressen zerstört werden, hält religiös begründete Opferbereitschaft und die Abwertung anderer Gruppen Instabilität aufrecht und erschwert die Aushandlung von Wegen, die Konflikte bearbeiten helfen.

Drei Strategien werden in der Regel diskutiert, um die Instrumentalisierung religiöser Unterschiede zum Zweck der Gewinnung oder des Erhalts politischer Macht zu verhindern oder ins Leere laufen zu lassen:

- Strategien der Abgrenzung, Kontrolle oder Einschüchterung, um die Handlungsfähigkeit sich religiös darstellender politischer Aktivisten zu schwächen und die Unterstützung ihrer Ziele und ihres Vorgehen durch religiös geprägte Milieus zu reduzieren;
- Strategien der Mobilisierung von Gruppen, die sich über die gezogenen Identitätsgrenzen hinweg für Frieden und wechselseitigen Respekt einsetzen (Stärkung der Kräfte, die die in allen Religionen erkennbare Ablehnung von Gewalt betonen und Zusammenarbeit suchen);
- Strategien der Demokratisierung (Wenn Verteilungskämpfe an Schärfe verlieren oder regelbar werden, sinkt Gewaltpotential. Diskussion des Verhältnisses zwischen Politik und Religion).

Fragen, die sich auf die Instrumentalisierung religiöser Unterschiede in Konflikten beziehen, sind z.B.:

- Welchen Strategien folgt EZ zur Prävention oder Einhegung von Konflikten, die sich an dualistischen Unterscheidungen und kulturellen Wertordnungen festmachen? Welche Verbindungen werden zwischen diesen Ansätzen und Konzepten zur

(Wieder)Herstellung von Staatlichkeit in „failed or failing states“ gezogen?

- Welche Erfahrungen gibt es im Bereich der zwischenstaatlichen EZ oder der Parteistiftungen, wenn politische Akteure kulturelle Unterschiede für Machtinteressen nutzen? Welche Erfahrungen gibt es im kirchlichen Bereich mit der Strategie der Mobilisierung unterschiedlicher religiöser Gruppen für Frieden und wechselseitigen Respekt?
- Wo sind die Trennlinien zwischen legitimer Debatte über positive Religionsfreiheit und der offenen oder verschleierte Form der machtpolitischen Nutzung von Religion? Ist das europäische Modell von „Demokratie, säkularem Staat und Religionsfreiheit“ auf andere Kontexte übertragbar und ein von EZ zu beachtender Punkt in Diskussionen um good governance und das Verhältnis zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren?

Die Reaktion von Religion(en) auf gesellschaftliche Umbruchprozesse

Im Zuge der Globalisierung wachsen vielerorts Abwehrhaltungen der Bevölkerung gegen einen „Wandel“, der als Bedrohung des individuellen Überlebens, von sozialen und kulturellen Werten und traditionellen kollektiven Netze empfunden wird. Diese Beobachtung führt zu der Frage, ob inner- oder inter-religiöse Auseinandersetzungen und daraus resultierende gesellschaftliche Aufspaltungen lediglich mit politischen Instrumentalisierungsstrategien erklärbar sind.

Dass derzeit Religion als eine Quelle von Konflikten in Umbruchprozessen erscheint, kann auch damit zusammenhängen, dass durch die Folgen der Globalisierung nicht nur global oder in vielen nationalen Gesellschaften die Notwendigkeit gewachsen ist, sich neu zu bestimmen, sondern auch in den Religionen. Wie mit Ausdifferenzierung oder dem Umbau von Politik, Gesellschaft, Ökonomie und Kultur umzugehen ist, führt auch innerhalb von Kulturkreisen und Religionen zu Konflikten.

Der Islam scheint von diesem „Modernisierungskonflikt“ stärker betroffen zu sein als z.B. das Christentum, das sich über Jahrhunderte mit Fragen der Selbst- und Fremdbestimmung des Menschen, mit dem Verhältnis zwischen Individuum und Gemeinschaft und der Zuordnung der Religion zur Gesellschaft und zum Staatswesen auseinandergesetzt hat. Der (in Europa heute zum Selbstverständnis gehörende) Respekt vor Differenz und die Anerkennung von Pluralität scheint auch in Afrika eher in christlichen Milieus vorstellbar zu sein als bei Muslimen.

Der Islamismus, der heute als Fundamentalismus im Westen als Beispiel für eine Erstarrung im Traditionellen gilt, hat eine seiner Wurzeln in der Suche nach Auswegen aus dem Modernisierungsrückstand, den Muslime im 20. Jahrhundert gegenüber dem Westen ausmachten. Der Rückbezug auf die Ethik der islamischen Urgemeinde als Quelle für eine heutige Staats-, Rechts- und Wirtschaftsordnung hat einerseits fundamentalistische oder extremistische Strömungen hervorgebracht, die

jede Einzelheit der muslimischen Lebensführung und des gesellschaftlichen Systems direkt aus dem Islam als göttlichen Willen ableiten. Genauso hat die islamistische Diskussion Bewegungen hervorgebracht, die eine Interpretation religiöser Quellen im jeweiligen historischen Kontext leisten und angesichts der Komplexität moderner Gesellschaften einer Trennung von religiöser Autorität und Staat das Wort reden oder nach neuen Verbindungen zwischen Religion und säkularem Staat und zwischen Demokratie und kultureller, im Islam sich legitimierender Identität suchen.

Fragen, die sich auf das Verhältnis von EZ zu Fragen der Dynamik religiös-kulturellen Wandels stellen, sind z.B.:

- EZ sollte weder bestimmte theologisch-religiöse Kräfte offen oder verdeckt stärken noch religiöse Unterscheidungsmerkmale diskutieren. Soll sie aber - gerade in Regionen, wo externer und interner Problemdruck zu markanten kulturellen Konfliktlinien führt - bewusst Debatten über Menschenrechte, den Umgang mit Gewalt oder zum Respekt vor unterschiedlichen Überzeugungen fördern oder, eher indirekt, friedliche Koexistenz einüben helfen?
- Welche inter-kulturelle Kompetenz brauchen Auslandsmitarbeiter, wenn kulturelle Differenzierung als notwendiger Bestandteil zeitgemäßer Ausgestaltung von gesellschaftlicher Ordnung notwendig ist und Konflikte um Wertorientierungen und zwischen „traditionellen“ und „neuen“ Kräftegruppen in der EZ präserter werden?
- Wie geht EZ damit um, wenn sie das friedliche Zusammenleben von Gruppen in Gesellschaft und Staat fördern will, aber Religionsgemeinschaften unterschiedliche Konzepte vertreten, die absehbar zu Konflikten führen (z.B. Rechte und Pflichten von Frauen und Männern, Einstellung zu Bildung, Umgang mit Konflikten, unterschiedliche Grade der Staatsbürgerschaft für Muslime bzw. Nicht-Muslime)?

Links & Literatur

Qantara: www.qantara.de - Internet-Portal zum Dialog mit der islamischen Welt

BBC: www.bbc.co.uk/religion - Portal zu „Religion & Ethics“

Institute for the Study of Islam in the Modern World: www.isim.nl/

Life & Peace Institute (Uppsala): www.life-peace.org - Zeitschrift "New Routes"

United States Institute of Peace: www.usip.org/muslimworld/

World Faiths Development Dialogue: www.wfdd.org.uk

World Conference of Religions for Peace: www.wcrp.org

Weltbank: www.worldbank.org - über „topics in development“ zu: „faiths and development“ (dialogue on a range of value and ethically-related issues)

Aktueller Lese-Tipp:

Zeitschrift „Entwicklungspolitik“: Schwerpunktthema Islam und Entwicklung - islamische Entwicklung; Heft 7/8, März 2005 (www.entwicklungspolitik.org)

Wolfgang Kaiser

Impressum

Gruppe Friedensentwicklung (FriEnt)
c/o BMZ, Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel. +49-228-535-3259
Fax. +49-228-535-3799
frient@bmz.bund.de
www.frient.de

V.i.S.d.P Natascha Zupan

Die Inhalte geben die Meinung des FriEnt-Teams und nicht notwendigerweise die der FriEnt-Mitgliedsorganisationen wieder.